

Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei
in der tschechoslowakischen Republik.

Bezugsbedingungen:

Bei Zustellung ins Haus
oder bei Bezug durch die
Post

monatlich . . . Kz 16.—
vierteljährlich . . . 48.—
halbjährig . . . 96.—
ganzjährig . . . 192.—

Abstellung
von Manuskripten erfolgt
nur bei Einlegung der
Retourkarten.

Erscheint mit Ausnahme
des Montag täglich früh.

3. Jahrgang.

Freitag, 11. Mai 1923.

Nr. 108.

Wobei bleibt es?

Es ist keine leichte Aufgabe, Befenner des deutschnationalen oder deutschgelben Parteiprogrammes zu sein. Die Führer machen es ihren Mannen schwer. Wie sollen sich die Getreuen in dem wirren Gestrüpp ihrer nationalen Kampfmethoden, in das sie ihre Lenker hineinklopfen, auskennen, da diese selbst jede Orientierung verloren, oder richtiger: nie befehlen haben! Bis zum Umsturz war für ihre nationale Politik eine Richtlinie gegeben: die Erhaltung der Vorherrschaft des deutschen Bürgertums. Das machte keinen Aufwand geistiger Kräfte notwendig, die deutschbürgerlichen Parteien brauchten sich mit der Abfassung nationaler Programme nicht abmühen. Eingespinnen in die engstirnigen Vorstellungen ihrer „Vestibulanten“-Politik war ihnen die sibirische Welt ein böhmisches Dorf; wie wenig sie vom Lauf der Welt eine Ahnung hatten, bezeugen noch die im Kriege beschlossenen „Forderungen der Deutschen nach dem Kriege“, ein Nachwerk nationalistischen Verstandes und abgrundtiefer Dummheit. Der Umsturz wirkte daher auf sie wie eine Erdbebenkatastrophe. Aber sie hatten nicht nur bis dahin nichts gelernt, es zeigte sich auch, daß sie auch später keine Fähigkeit gewannen, etwas zu lernen. Von der schwindelnden Schaukelpolitik, welche die deutschbürgerlichen Führer seither betreiben, muß den armen Parteianhängern so dumm werden, als ginge ihnen im Kopfe ein Mühlrad herum. Nach dem Umsturz griffen sie, wie Ertrinkende nach dem Strohhalme, nach dem Selbstbestimmungsrecht und Einigkeit für ihr Schlagwort. Die deutschen Sozialdemokraten wurden heftig angefeindet, weil sie um der Erreichung des „gemeinsamen nationalen Zieles“ willen nicht auf den Klassenkampf verzichteten wollten. Das war die Zeit der großen demokratischen und nationalen Tiraden, die der Ratlosigkeit und Verblüffung gefolgt war. Doch wenn sich gelegentlich der Vorhang von der deutschbürgerlichen Einigkeit hob, da sah der deutschbürgerliche Parteigänger ein ganz anderes Bild, als ihre Marktschreier anpriesen. Die wirtschaftlichen Gegensätze erwiesen sich auch im Reichsparlamentarischen Verband als stärker als die nationalen Interessen, und die Gegensätze schieden den Verband in Gruppen, die sich in schärfster Weise bekämpften, daß die Funken stoben. Als der Verband durch die Bildung der Lodgmanischen „Kampfgemeinschaft“ gesprengt wurde, ging durch die Reihen der deutschbürgerlichen ein allgemeines Aufatmen. Da augenblicklich keine Wahlen in Sicht waren und somit die stärkste Kammer der deutschbürgerlichen Einigkeit, der Haß gegen die sozialdemokratische Arbeiterchaft sie nicht genügend fest zusammenzuhalten brauchte, waren sie froh, einander losgeworden zu sein. Den deutschbürgerlichen Parteianhängern wurde nun auf einmal verkündet, daß das höchste Ziel darin bestehe, getrennt zu marschieren. Während die „Aktivist“ behaupteten, nur die „reale Politik“ könne zum Ziele führen, überboten sich die „Kampfgemeinschaftler“ darin, ihre angeblich funkelneuen „revolutionären“ Kampfmethoden, als einzig dem Heil der Nation dienend, lobzupreisen.

Seitdem vollzieht sich eine neue Wandlung. Die „Kampfgemeinschaftler“ sind auch unter sich handgemein geworden und haben sich in ihre Atome aufgelöst. Die Kampfgemeinschaft ist gewesen, so daß ein „aktivistisches“ Blatt spotten darf, jeder ihrer politischen „Köpfe“ werde bald eine eigene Einheitspartei für sich bilden. Die Deutschgelben wollen nicht mehr den einst von ihnen in den germanischen Himmel gehobenen Lodgman als Führer anerkennen, weil sie nicht mehr das Selbstbestimmungsrecht, sondern das Selbstverwaltungsrecht anstreben. Sie tun so, als wären sie erstaunlich nüchtern geworden, sie werfen Dr. Lodgman Desperadopolitik vor, dessen wilde, verwegene Jagd nur noch als Ton-Diabolotterie wirke.

Nun kann ja sicher eine Partei ihre taktischen Methoden, selbst ihre programmatischen Grundzüge, wenn neue Erfahrungen dies er-

Wenn die Goldateska richtet.

Wahnwitzige Urteile: Todesurteil — lebenslängliche Zwangsarbeit — 57 Jahre Gefängnis.

Berlin, 10. Mai. (Eigenbericht.) Schon wieder sind von einem französischen Kriegsgericht Schreckensurteile gefällt worden. In Düsseldorf standen einige Kaufleute, Studenten und Arbeiter vor dem Kriegsgericht, die angeklagt waren, im März Nachrichten gesammelt und an die deutschen Behörden weitergegeben zu haben; auch Ueberfälle auf Bahnkörper wurden ihnen zur Last gelegt, und einen Angeklagten bezichtigte man des Mordes an einem französischen Spion.

Obwohl die Angeklagten alles in Abrede stellten, fällt das Gericht furchtbar harte Urteile. Ein Angeklagter wurde zum Tode verurteilt, einer erhielt lebenslängliche Zwangsarbeit, zwei Urteile lauten auf 15 bis 20 Jahre, drei auf fünf, sieben und zehn Jahre Gefängnis. Die Verhandlung über den Spionmord wurde vertagt.

* *

Für und gegen ein neues Angebot.

Frankreich gegen eine allgemeine Konferenz.

Berlin, 10. Mai. (Eigenbericht.) Es scheint, daß die englische und italienische Regierung eine baldige Beendigung des Ruhrkonfliktes dringend wünschen. Sie werden wahrscheinlich im Einvernehmen mit Poincaré Deutschland zu einem neuen Angebot raten. Es ist kaum zu vermuten, daß die jetzige Regierung, die auf dem guten Verhältnis zu den Deutschnationalen basiert, ein zweites Angebot das auf der Erfassung der Sachwerte beruhen müßte, noch herausbringen kann. Der „Sozialdemokratische Parlamentsdienst“ meint, es werde vielleicht mit einem Personenwechsel abgetan sein, da die Sozialdemokratie wünscht, daß die gegenwärtige Regierung den Konflikt zu Ende führt. Der Reichslanzler wird Montag im Reichstage über die aus-

wärtige Lage sprechen. Dabei wird sich schon zeigen, ob die Regierung die Fähigkeit besitzt, die Verständigungspolitik fortzusetzen.

Paris, 10. Mai. (Sabas.) „Petit Parisien“ schreibt: Der eventuelle Versuch Englands und Italiens, eine Konferenz unter Teilnahme der Vereinigten Staaten anzuregen, auf welcher der Ruhrkonflikt gelöst und die Reparationsfrage geregelt werden soll, würde auf den Widerstand Frankreichs und Belgiens stoßen, welche an ihrem Beschlusse festhalten, Verhandlungen erst nach Einstellung des deutschen Widerstandes und Vorlegung ernstlicher Vorschläge seitens Deutschlands einzuleiten.

fordern, ändern. Aber wo sind bei den Deutschbürgerlichen im allgemeinen und bei den Deutschgelben im besonderen Grundzüge überhaupt zu finden? In jedem Jahre Grundzüge und Taktik einigemal wechseln, das muß auch dem Beschränktesten die Ueberzeugung aufdrängen, daß Unernst, Kopflosigkeit und Verwirrenheit die Wege einer solchen Politik bestimmen. Am 8. September 1922 schrieb Herr Karg im „Duxer Tag“, dem Hauptorgan der Deutschgelben einen stammenden Verteidigungsartikel für die Kampfgemeinschaft, von der er erwartete, daß sie sich „auch zu einer taktischen Einheit draußen in den Parteioptionen auswachsen“ werde. Die Kampfgemeinschaft sei ein Bündnis, um Schulter an Schulter, unter einer Führung den Kampf zu führen, sie sei eine „Notgemeinschaft“, sie habe den Charakter einer „Truggemeinschaft“ und zwar nicht nur gegen die Tschechen, sondern auch gegen die deutschen Parteien, ihr Ziel und Wesen laufe aber auch auf eine „Schicksalsgemeinschaft“ hinaus. Den anderen deutschen Parteien warf Herr Karg vor, daß sie überwiegend standespolitisch orientiert seien, vom Wege einer grundsätzlichen Politik und „vom revolutionären Standpunkt des Selbstbestimmungsrechtes“ abirren. Die deutsche Sozialdemokratie aber sei die flügellose aller judendendenden Parteien, die — wach blühender Schmodst! — ihr Demagogensüpplein an den — Geburtswehen der „deutschen Kampfgemeinschaft“ foche.

Wie ganz anders stöte Herr Karg heute, da die Freundschaft der Deutschgelben mit Dr. Lodgman in die Brüche gegangen ist! Im selben „Tag“, in dem — um bei seinem Sprachschab zu bleiben — die Geburtswehen der Kampfgemeinschaft das Feuer seiner Begeisterung für das „revolutionäre Selbstbestimmungsrecht“ entzündeten, trägt er nun dieses selbe Selbstbestimmungsrecht in aller Form zu Grabe: „Es ist ausgeschlossen, das revolutionäre Selbstbestimmungsrecht, den Bürgerkrieg (!), zur gemeinsamen Plattform zu machen. Vielleicht haben wir die Zeit, da dies möglich gewesen wäre, versäumt. . . . Heute wäre es Wahn-

sin n (!) und würde nur die völlige Niedererschlagung des Subetendeutschums zur Folge haben. . . . Die Losung unserer Partei in dieser Zeit muß deshalb innerpolitisch lauten: Selbstverwaltung!“ Und Karg beweist, wie „einfach und selbstverständlich“ der Ruf nach Selbstverwaltung sei. Herr Karg plaudert auch offenerherzig den Grund der Wandlung aus, die im deutschgelben Lager vor sich gegangen ist: die „hysterische Angst vor dem Schutzgesetz“ habe eine förmliche Zerstückung der judetendenden Politik herbeigeführt, weshalb die politischen Parteien ihre Politik und Taktik überprüfen müßten. Es sei schon so weit, daß einzelne Volksgenossen sich nicht nur weigern, irgend welche Funktionen in politischen Parteien zu übernehmen, sondern sich schon nicht mehr getrauen, politische Versammlungen als Teilnehmer und Zuhörer zu besuchen! Und diese Gelben wollten noch vor kurzem den tschechischen Staat umstürzen und erklärten den „Hochverrat“ als „Pflicht“.

Neben diesem eingestandenen Grund der deutschgelben Wandlung ist es aber noch ein anderer, den Herr Karg nur andeutet, der ihn aber unso zwingender nach einer neuen Plattform für die deutschbürgerlichen Parteien juchen läßt: das Bedürfnis, bei den kommenden Gemeinde- und Parlamentswahlen Seite an Seite mit den Deutschbürgerlichen gegen die Sozialdemokraten zu marschieren. Darum entdeckt er jetzt plötzlich, die Sprengung des Reichsparlamentarischen Verbandes wäre eigentlich „verfrüht“ gewesen und habe nur „den Kampf der Deutschen untereinander zur Folge gehabt“. Man kann also Gift darauf nehmen: die Herren werden sich wieder einigen! Die „deutsche Einheit“ wird, wie wir gleich vorausgesetzt haben, bei den Wahlen wiederhergestellt sein! Und wenn ihre Anhänger die Frage stellen wollten, wobei es bleibe, ob Selbstbestimmungs- oder Selbstverwaltungsrecht, ob „nationale Revolution“ oder „Cartoffagang“, so würde die Antwort lauten: es bleibt bei der Einigkeit aller im Dienste des Kapitalismus stehenden Parteien im Kampf gegen die deutschen Sozialdemokraten!

Eine mißglückte Aktion und ihre Lehren.

Die gewerkschaftlichen Organisationen der Eisenbahner haben sich in einer Sitzung am 16. April dahin geeinigt, am 1. Mai dieses Jahres für die von ihnen vertretenen Forderungen auf die Art zu manifestieren, daß sie ihre Mitglieder aufforderten, am Maifeiertage den gesamten Zugverkehr von zehn bis zwölf Uhr vormittags ruhen zu lassen. Wider Erwarten aller proletarischen Kreise wickelte sich jedoch der Verkehr an diesem Tage, von wenigen Ausnahmen abgesehen, vollständig normal ab, die Parole der Organisationen wurde nicht befolgt. Das ist ein so ungewöhnliches Ereignis in der Geschichte der Gewerkschaften dieses Staates, daß es notwendig ist, den Ursachen dieser — wie ohne weiteres zugegeben sein mag — mißglückten Aktion nachzugehen und die Lehren daraus zu ziehen. Eine solche Betrachtung ist, auch wenn sie bestehende Mängel aufdeckt, für die ferneren Kämpfe, welche die Eisenbahner zu führen haben, nicht ohne Nutzen. Freilich muß eine solche Untersuchung anders vorgenommen werden, als es in der deutschen kommunistischen Presse geschehen ist, für die bekanntlich alles, was auf der Welt geschieht, nur einen Zweck hat: als „Material“ gegen die deutsche Sozialdemokratie verwendet zu werden.

Das Personal der tschechoslowakischen Eisenbahnen ist in mehreren Verbänden organisiert: die der tschechischen nationalsozialistischen Partei zugehörigen Eisenbahnangestellten haben ihre „Jednota“, die tschechischen Sozialdemokraten die „Unie“, die deutschen den „Verband der Eisenbahner“. Außerdem gibt es noch eine Lokomotivführervereinigung sowie einen tschechischen und deutschen Eisenbahnbeamtenverein, von denen der erstere unter nationaldemokratischer, der letztere unter der Führung der Deutschgelben steht. Im Oktober 1920 hatten sich nun die tschechische Unie und der Verband zu einer Föderation zusammengeschlossen, was begrüßt wurde, weil man die neue Kampfgemeinschaft, die dazu dienen sollte, die gemeinsamen Interessen der tschechischen und tschechischen Eisenbahner gemeinsam zu vertreten, als einen Schritt auf dem Wege zur gewerkschaftlichen Einigung ansah. Im vorigen Jahr ist endlich noch eine neue Eisenbahnerorganisation dazugekommen und zwar die sogenannte Internationale Föderation, die unter kommunistischer Führung steht und die hauptsächlich durch Abspaltung der kommunistisch gesinnten Mitglieder der Unie entstanden ist.

Die unter Führung der tschechischen Nationalsozialisten stehende „Jednota“ hat nun am 16. April die großen bestehenden Eisenbahnerorganisationen und zwar die Unie, den Verband, die Internationale Föderation, den Lokomotivführerverein und den tschechischen Beamtenverein zu einer Versammlung eingeladen und dort den Vorschlag des Ruhenlassens des Verkehrs während einer gewissen Zeit am 1. Mai eingebracht. Als Resultat dieser Beratung kam der bekannte Beschluß zustande, wonach die dort versammelten Organisationen das gesamte Eisenbahnerpersonal aufforderten, in der Zeit von zehn bis zwölf Uhr vormittags den Verkehr ruhen zu lassen. Gleichzeitig — und das ist erwägenswert — wurde dort der Beschluß gefaßt, für welche besondere Forderungen am 1. Mai demonstriert werden sollte. Es ist, worauf wir hier hinweisen wollen, zu bestreiten und es hätte wohl einer eingehenderen Prüfung durch die Zentralstellen der Arbeiterbewegung bedurft, ob es zweckmäßig ist, daß eine bestimmte Kategorie von arbeitenden Menschen am 1. Mai ihre Spezialforderungen in den Vordergrund stellen soll oder nicht vielmehr der 1. Mai, der Weltfeiertag des Proletariats, ein Feiertag der Gesamtarbeiterschaft ist, an welchem für die Gesamtinteressen des Proletariats demonstriert werden soll.

Für den 28. April luden der Stellvertreter des Ministerpräsidenten Maschpeter und der Eisenbahnminister Stibrny, ein tschechischer Nationalist und Parteigänger des Abgeordneten Burival, des Führers der „Jednota“, von der die Anregung der Verkehrsruhe ausgegangen war, die Eisenbahnerorganisationen zu einer Besprechung ein, wozu — wie wir glauben — unkorrekter Weise die Kommunisten nicht mehr zugezogen wurden. Die Minister versuchten die Organisationen von ihrem Vorhaben abzubringen, was ihnen aber nicht gelang. Die koalitierten Organisationen sind auf ihrem Standpunkt geblieben und haben in einem Aufruf, der am 1. Mai in den Arbeiterblättern erschien, ihre Mitglieder auf-

Koalitionsdämmerung.

Agrarisch-nationaldemokratischer Konflikt. — Vor der Demission Beckas? — Ein veränderter Kirchengang Fochs.

gefordert, der ursprünglichen Parole Folge zu leisten. Am Abend des 30. April — und hier fließt in der Darstellung der Ereignisse, wie sie vorläufig wiedergegeben werden kann, eine Lücke — wurde ein Rundtelegramm des Eisenbahnministeriums herausgegeben, für das die beiden genannten Minister die Verantwortung tragen und wovon sie auch sicherlich gewußt haben, wonach jedem Angestellten, der sich an der Verkehrsrübe beteiligt, die Disziplinierung angedroht wurde. Den Vertretern ihrer Organisationen gegenüber haben (und man darf hierbei nicht vergessen, daß Herr Stübgen mit seinen Parteigenossen sprach, zu denen er doch offen und ehrlich zu sein, doppelt verpflichtet wäre) die Minister nicht das Geringste gesagt, daß sie der Verkehrsrübe Schwierigkeiten bereiten werden; im letzten Augenblick jedoch, also mittels einer Ueberrumpelung, wurden die Eisenbahner durch Drohungen eingeschüchert, den Verkehr am 1. Mai, gleichwie an anderen Tagen, normal abzuwickeln. Der Druck der Regierung hat bewirkt, daß die 400 Lokomotiv- und Jungführer diesem Drucke gewichen und nicht die Parole der isolierten Organisationen befolgt haben.

Wie man sieht, ist also mit den Eisenbahner einfach ein fröhliches Spiel getrieben worden. Der Nationalsozialist Bublitz, Führer einer großen Eisenbahner-Organisation, bemüht sich scheinbar, zu erreichen, den Freiort des Protektorats auf eine ganz bestimmte Art zu feiern. Ein anderer Nationalist jedoch, der im Auftrage der Partei der Eisenbahnminister des Staates, der Beauftragte der Partei in der Exekutive des Staates ist, verhindert die von seiner eigenen Partei mitbedachte Art der Maidemonstration und droht seinen Parteigenossen mit schweren Strafen. „Brüder“ Stübgen hatte „Brüder“ Bublitz, als der letztere bei ihm war und mit ihm verhandelt hat, nichts davon erzählt, daß er die Absicht habe, durch irgend eine Gewaltmaßnahme die Mitglieder der Eisenbahner zu föhren, geht dann aus der Verhandlung weg und verbietet ganz einfach die Maidemonstration! Und das wahrscheinlich noch mit Wissen aller anderen sozialistischen Minister, also Beckmanns, Gahrmanns, Erbas, Franke und Tschüss, welche letzterer obendrein der gewerkschaftliche Generalsekretär der nationalsozialistischen Partei ist. Das alles aber nur, weil die bürgerlichen Parteien gegen die Absicht der Eisenbahnerorganisationen gehen und die „Rudni Noviny“ und die „Narodni Listy“ in ihrer blinden Arbeiterfeindschaft die geplante Maidemonstration bekämpft haben. Was dem ganzen die Krone aufsetzt, ist endlich die Tatsache, daß die Regierung alle Vorkehrungen, die geeignet waren, die Verkehrsrübe zu verhindern, erst im letzten Augenblick getroffen hat, da die Vertreter der Organisationen, von denen am Vorabend des 1. Mai nur noch die wenigsten in Prag weilten, nicht mehr ihre Gegenmaßnahmen treffen konnten. Insbesondere war es für die deutschen Eisenbahner klar, daß in dem Augenblicke, da ihre tschechischen Kollegen dem Druck der Regierung nachgeben, auch ihnen nichts anderes übrig blieb, als auf die Verkehrsrübe zu verzichten. Die Regierung hat da eine regelrechte Ueberrumpelung der Eisenbahner ins Werk gesetzt und der Herr Stübgen hat seinen Parteigenossen Bublitz ganz einfach über's Ohr gebauen, wie das unter denartigen „Brüder“ so üblich ist.

Die Opfer dieser feinen „Politik“, bei der die tschechischen sozialistischen Parteien und deren Vertreter in der Regierung, wie sie glauben, dem Staate wieder einmal ein Opfer gebracht, die sozialistischen Minister der bürgerlichen Koalition nachgegeben haben, sind die Eisenbahner, mit den tschechischen auch die deutschen. Diese haben das gemeinsame Vorgehen mit den tschechischen Eisenbahnerorganisationen als ein Gebot proletarischer Solidarität betrachtet. Die Koalition hat die Stellung der Eisenbahner in der Republik gestärkt. Aber diese Koalition hat auch ihre Schattenseiten. Und es hat schon viel Opferbereitschaft für die gemeinsame Sache beigegeben, daß der Verband der Eisenbahner den am 6. Mai veröffentlichten Aufruf der Eisenbahnerorganisationen mitunterfertigt hat, worin auch nicht ein Wort des Protestes gegen den „sozialistischen“ Eisenbahnminister steht, der die Durchführung der Maidemonstration auf den Eisenbahnen durch Pressionen verhindert hat. Und die deutschen Eisenbahner müssen sich allen Erstes die Frage vorlegen, was für sie wertvoller ist: das Weiterverbleiben in der Koalition, das mit Gefahren und Rückschlägen verbunden sein kann, wie es der eben besprochene war, oder, wenn auch schwächer, so doch Herr Stübgen Handlungen zu sein, hies so vorzugehen, wie es das Interesse der im Verband organisierten Eisenbahner erfordert, das Klasseninteresse rücksichtslos höher zu stellen, als sonst andere einschlägige Interessen, die in den Äußen der tschechischen Eisenbahner eine große Rolle spielen. Die politischen Einflüsse, die auf das Denken und Handeln der tschechischen Arbeiter wirksam sind, haben sich auch diesmal als eine schwere Störung einer bedeutsamen gewerkschaftlichen Aktion erwiesen.

20 Wochen Anze — 300 Millionen Franks.

Paris, 9. Mai. (Havas.) Die in der Kammer angeforderten Kredite für die Ruhrbesetzung belaufen sich für die Zeit vom 11. Januar bis 31. Mai auf 281.511.874 Franks.

Die am parlamentarischen Himmel aufgegangenen Gewitterwolken verdichten sich in einem Maße, das den Ausbruch des Gewitters in jedem Momente gewärtig macht. Die Gegensätze, die in der Koalition aufgeleuchtet sind, sind so vielfältig, daß man nicht weiß, wo der Blitz zuerst einschlagen wird. Der Konflikt der Agrarier mit den Nationaldemokraten, — die einen versuchen die anderen mit der Verantwortung der Bankaffäre zu belasten — der bisher hinter den Kulissen geführt wurde, dringt nunmehr in die Öffentlichkeit. Schon seit einigen Tagen entwickelt sich ein Preßkampf zwischen der nationaldemokratischen und der agrarischen Presse. Der offiziell im Zagen weilende (weil Hostavak im Zagen von Prag liegt) und wirklich bereits in Prag befindliche Ministerpräsident Svehla ist mit der Lösung der Rubikelfrage zufrieden und fordert den Kopf des Soldatengenerals Doktor Scheiner. Finanzminister Beckas, der sich während vor Dr. Scheiner gestellt hat, ist so in eine schwierige Situation geraten und es ist als sicher anzunehmen, daß er in einigen Tagen das Clam-Gallasche Palais verlassen wird.

Die „Narodni Demokracie“ suchte nun das sinkende Schiff Beckas zu retten und veröffentlichte einen Angriff auf die in agrarischen Händen befindliche Anglobank, die Domäne des Herrn Sonntag. Dieser Angriff hat nun die Agrarier aus dem Hause gebracht und im „Rokov“ wird eine große Kanone gegen die nationaldemokratische Partei abgefeuert. Svehlas Blatt schreibt: „Schwer rächt sich an den Nationaldemokraten ihr unuhohales Vorgehen in der „Bohemia“-Bank-Affäre. Die Freunde der Nationaldemokraten war nicht geringer als die der Kommunisten. Die Nationaldemokraten wählten, an der „Bohemia“ werde die Tatsache demon-

Er mordung eines Volkskommisars in Lausanne.

Lausanne, 10. Mai. (Wolff.) Der russische Delegierte Worowski ist ermordet worden.

Lausanne, 10. Mai. Heute abend 9.20 Uhr wurde im Hotel „Cecil“, wo die russische Delegation wohnt, der russische Bevollmächtigte Worowski beim Abendessen durch Revolvergeschüsse ins Genick, seine Begleiter, der Presschef Ahrens und der Sekretär Wilkowski, durch

striert, daß einzig und allein die Nationaldemokraten fähig sind, das Bankwesen zu beherrschen. Wir polemisierten damals mit den nationaldemokratischen Rundgebungen nicht. Wir waren nur erstaunt darüber, wie sich die Partei der Jakobiten, Unternehmer und Bankiers freuen kann, wenn sich auf steiler Böschung die Lawine in Bewegung setzt, eine Lawine, von der niemand weiß, wo sie halt machen wird. Die Nationaldemokraten haben der Lawine noch einen Ruck gegeben und die Folgen sind bekannt. Sie haben sie an ihrem eigenen Körper davongetragen, sie haben ihren unsachlichen, persönlichen und egoistischen Parteistandpunkt in Finanzsachen gebieth. Kein Wunder, denn die große Mehrheit der Banken ist in ihrer Hand.“

Morgen werden wohl die Geschäfte aus der Mariengasse antworten und so wird die Koalition einen ihre schweren inneren Konflikte nicht mehr länger vor der Welt verheimlichen können.

Von Interesse ist auch eine im gestrigen „Rokov“ erschienene Notiz über den Fochbesuch, in dem die Parteien aufgefordert werden, die Polemiken darüber, ob Foch Merikal sei oder nicht, endlich einzustellen. Wir sind mit dem „Rokov“ einer Meinung, daß Polemiken hierüber nicht notwendig sind, aber wohl deshalb, weil ungewissheit besteht, daß Foch ein Merkaler Royalist reifen Wassers ist. Darüber wird auch der Triid der Regierungsmacher, die den General Foch am Neponomstoge auf die Schlachtfelder von Königgrätz führen wollen, weil sich die Solon geweigert haben, bei dem für diesen Tag kralichtigten Kirchengang des französischen Generals in den Beitsdom Spalier zu stehen, nicht hinweggehen.

Noch ein Staat, in dem Marshall Foch willkommen ist.

Krakau, 10. Mai. Die hiesige Polizei verhaftete gestern ungefähr 100 Arbeiter, welche der Angehörigkeit zur kommunistischen Partei verdächtig sind.

mehrere Schüsse verlegt. Der Mörder gehört der Gruppe der sogenannten Schweizerischen Fochisten an, die in den letzten Tagen wiederholt Drohungen gegen Worowski und dessen Kollegen in der Delegation ausgesprochen und am letzten Sonntag morgens einen Schritt beim russischen Delegierten unternommen hatten. Der Mörder ist ein Graubündner.

Lemberg, 10. Mai. Die hiesige Polizei verhaftete gestern 25 ukrainische Hochschüler, welche verdächtig sind, Sabotageakte vorbereitet zu haben.

Telegramme.

Wenn Krupp und wenn Gewerkschafter ins Gefängnis wandern.

Berlin, 10. Mai. (Eigenbericht.) Der „Vorwärts“ verzeichnet es als empörend, daß von dem Wolff-Büro über das Mainzer Scherlensurteil im Eisenbahnerprozeß keine Meldung ausgegeben wurde, während das Kruppurteil zu gleicher Zeit sensationell bekanntgemacht wurde. So empörend das Urteil im Krupp-Prozeß sei, zumindest so empörend sei das Schweigen des amtlichen Büros über das Mainzer Urteil.

Ein französischer Zug in den Rhein geahren.

Biesbaden, 10. Mai. Aus St. Goar berichten Reisende von einem schweren Unfälle eines von Franzosen geführten Zuges, der bei St. Goar in den Rhein fuhr. Bis her sind 29 Tote geborgen. Die Franzosen haben die Umgebung streng abgesperrt, um nichts über den Vorfall bekanntwerden zu lassen. Solche Vorfälle tragen dazu bei, daß das deutsche Publikum die Franzosen meidet wie die Pest.

Anfragen und ausweichende Antworten im Unterhause.

London, 10. Mai. Im Unterhause fragte Kennon, ob die Note der deutschen Regierung über die Reparationen der Regierung der Vereinigten Staaten überreicht wurde und ob die britische Regierung beabsichtigt, Ansichten über diese Note mit der amerikanischen Regierung ebenso wie mit der italienischen Regierung auszutauschen. — Baldwin erwiderte, die Antwort auf den ersten Teil der Frage laute bejahend und auf den letzten Teil verneinend. Die Vereinigten Staaten hätten keinerlei Ansprüche an Deutschland auf Reparationen gestellt und es sei keinerlei Anzeichen vorhanden gewesen, daß sie zu Rate zu ziehen, etwas anderes als eine Quelle der Behinderung für sie sein könne.

Die bayerische Regierung gegen Hitler.

München, 10. Mai. Die bayerische Regierung hat einen Aufruf an alle Bayern erlassen, in dem sie auf die links- und rechtsradikalen Gefahren sowie auf die landesverräterischen Antriebe hinweisend, entsprechende Maßnahmen ankündigt und die staatsstreuen Männer und Frauen auffordert, sich um die auf nationalem Boden stehende Regierung zu sammeln. Gleichzeitig hat die Regierung zum Zweck der Abwehr von Ausschreitungen und Gewalttätigkeiten eine Ausnahmeverordnung erlassen, in der Versammlungen unter freiem Himmel, Aufzüge, Demonstrationen, Plakate, Flugblätter und Druckschriften von einer besonderen Erlaubnis abhängig gemacht werden. Uebertretungen der Verordnung werden mit Gefängnis bestraft. Vereinigungen wie die nationalsozialistischen und sozialdemokratischen Sicherheitsverbände können auf Grund dieser Verordnung verboten werden. Wer zu Gewalttätigkeiten aufrizt oder staatliche Einrichtungen verlemmet, unterliegt ebenfalls der Strafe und kommt vor die Volksgerichte. Zeitungen können auf die Dauer von vier Wochen verboten werden. Mit lebenslänglichem Zuchthaus und mit Verlust öffentlicher Ämter wird bestraft, wer mit Besatzungsbehörden zusammenarbeitet.

Greenwood fragte den Premierminister, ob er bereit sei, im Namen der britischen Regierung der deutschen Regierung mitzuteilen, daß, wenn sie bereit sei, die vorgeschlagenen Zahlungen an Reparationen von einhalb Milliarden Pfund Sterling auf zweieinhalb Milliarden Pfund zu erhöhen, er willens sei, die besten Dienste Englands zu verwenden, um Frankreich und Belgien zu überreden, die Verhandlungen wieder aufzunehmen. — Baldwin bot, die Veröffentlichung der Erwiderung der britischen Regierung auf die deutsche Note vom 2. Mai abzuwarten.

Neue Eisenerzager in Rußland.

Moskau, 10. Mai. (Rosta.) Im Gouvernment Kuznet wurde in einer Tiefe von 200 Meter Magnetkieserz gefunden, welches mehr als 70% chemisch reines Eisen enthält. Der Akademiker Lazarev, Professor Sublim und Professor Archau-

gelsch behaupten, daß hier ungemein starke Eisenerzlager aufgefunden wurden, die sich 250 Kilometer in die Länge und 1 bis 2 Kilometer in die Breite ziehen. Für diese Lager interessierte sich Deutschland sehr stark, aber Prastin forderte Lazarev auf, diese selbständig zu untersuchen. Nachdem nun diese Untersuchungen mit glänzendem Erfolg geendet haben, wurde beschlossen, die Arbeiten auszudehnen und zu beschleunigen und den Leiter der Untersuchung, Lazarev, mit dem Orden der Roten Fahne auszuzeichnen. Professor Archau-gelsch betont, daß bis zur Revolution es nicht möglich gewesen sei, die Arbeit derart durchzuführen, wie es nunmehr geschehen ist, und dabei von der Regierung eine derartige Unterstützung zu erlangen.

Englands Militarismus.

London, 9. Mai. (Reuter.) Lordpräsident Marquis Salisbury erklärte in Beantwortung der im Oberhause gestellten Forderung des Lord Birkenhead, Großbritanien solle eine Militärluftflotte in demselben Umfange wie die stärkste Luftschiffahrtsmacht unterhalten, das britische Kabinett sei bisher zu keinem endgültigen Urteile gelangt, habe sich aber dafür entschieden, daß eine wesentliche Verstärkung der Militärluftflotte erforderlich ist.

Ergebnislose Verhandlungen mit De Valera.

Dublin, 9. Mai. Präsident Cosgrave hat heute mitgeteilt, daß die Regierung durch Mittelspersonen mit de Valera in Verhandlungen getreten sei und ihm Bedingungen angeboten habe. De Valera habe die Bedingungen abgelehnt und darauf ein neues Dokument überfandt, welches nicht zur Erwägung geeignet gewesen sei. Die Regierung habe die Annahme weiterer Mitschnungen abgelehnt, sollte es sich nicht um die endgültige Annahme der bekannten Bedingungen handeln.

Demission der sozialdemokratischen Minister Letlands.

Riga, 10. Mai. (Lith. B.) Die sozialdemokratischen Minister haben gestern demissioniert.

Griechenland droht.

London, 10. Mai. (Havas.) Die „Daily Express“ aus Athen meldet, beantragte die griechische Regierung den nach Konstantin abreisenden Alexandris, Benizelos zu ersuchen, er möge den Ältesten erklären, daß Griechenland den sofortigen Abschluß des Friedensvertrages beabsichtigt, wenn es nicht die Waffen zur Vertretung seiner Interessen ergreifen soll.

Eine Windhoje in Wist.

Wist, 9. Mai. Nach mehreren heißen Tagen ging heute um 6 Uhr nachmittags über dem Wisther See ein schweres Unwetter nieder. Nach einiger heftigen Donnererschlägen kam von Westen her eine Windhoje von ungeheurer Gewalt. Längs des Weges, den sie nahm, gab es schreckliche Verwüstungen. Viele Bäume wurden geknickt und entwurzelt; von der Wirtwarenfabrik der Firma Gustav Wolfskums Sohn wurde das Dach abgehoben und zum Teil in den Gärten der gegenüberliegenden Alleen zertrümmert. Der Schuhmachermeister Josef Frank aus Schönbach bei Wist wurde unter dem Trümmerhaufen des Daches begraben. Ein Arbeiter, der mit Frank ging, erlitt eine leichtere Verletzung. Auch in den benachbarten Nachbargemeinden wurden Häuser abgedeckt und andere Verwüstungen angerichtet. In Wist wurde u. a. auch bei der Villa des Privatiers Georg Adler viel Schaden verursacht. Der 40 Meter lange Gartenzaun wurde förmlich weggeblasen, die feineren Zaunstrukturen platt abgebrochen. Vor einem Hause wurde eine mit Wasser und Wäsche angefüllte Wanne viele Meter hoch in die Luft gewirbelt und eine weite Strecke fortgeführt. Vom Westabhange des Hainberges kamen große Wassermengen in die Stadt gestaut. Die zu dem Wege führende Rossmaringasse glich einem reißenden Bach, der große Schlamm- und Sandmassen mit sich führte. Das Unwetter tobte eine halbe Stunde lang.

Autland.

Der letzte Streich Wahppts. Die Auflösung des tschechischen Zänharbeiterverbandes, mit der wir uns in unserem gestrigen Leitartikel befaßt haben, hat, wie zu erwarten war, unter der tschechischen Arbeiterschaft aller sozialistischen Parteien große Erregung hervorgerufen. Das Pilsener tschechisch-sozialdemokratische Blatt, als dessen Herausgeber Minister Sabina zu gedennt, widmet der Auflösung des Verbandes seinen Leitartikel, in dem es sich in scharfen Worten gegen diese Perfektionsmaßnahme wendet. Das Blatt sagt: „Es ist unerträglich, womit die Pilsener Polizeidirektion operiert! Unter Oesterreich, unter dem alten Oesterreich, hätte es die Polizeidirektion nicht wagen dürfen, einen Gewerkschaftsverband einer bloßen Resolution halber aufzulösen. Hier geht es nicht um einen kommunistischen Verband, hier geht es um eine gewerkschaftliche Organisation. Heute haben den Zentralverband der Zänharmacher in der tschechisch-slowakischen Republik die Kommunisten verwaltet, auf dem nächsten Parteitag aber könnten andere Arbeiter in die Führung gewählt werden. Aber wenn dem auch nicht so wäre, wenn die Kommunisten auf Jahrzehnte festgesetzt wären, so darf man eine gewerkschaftliche Organisation wegen politischer Tätigkeit nicht auflösen. Wir lassen uns die po-

Itische Tätigkeit in den Gewerkschaftsorganisations nicht verbieten! ... Wir protestieren gegen den Erlass der Prager Polizeidirektion und warnen. Reizt uns nicht weiter, der Erlass der Prager Polizeidirektion kann unter der Arbeiterschaft zündend wirken." So weit die Kritik des Organes des Ministers Sabrman. Das „Ceske Slovo“, das Zentralblatt der tschechischen Sozialisten, bespricht den Erlass der Polizeidirektion unter dem Titel: „Eine Blöße“. Er sagt unter anderem Folgendes: „Diese Tat ist absolut unmöglich und eines Staatsamtes unwürdig. Nichts kann dem Kommunismus besser schaden, als ein solcher Erlass. Dieser Uebergriff des Innenministers ist unerträglich und muß korrigiert werden. Durch einen ähnlichen Vorgang könnte jede Aktion einer Gewerkschaftsorganisation getroffen werden. Wir fordern augenblickliche Abhilfe und Aufklärung.“ Sehr schlaup kritisiert die Regierungsmassnahme das „Pravo Lidu“, welches unter anderem sagt: „Daher und die Gründe, an die das Innenministerium seinen Auflösungsbescheid anlehnt, nicht detailliert bekannt sind, sprechen wir uns gegen diese Massnahme aus, deren Zweckmäßigkeit wir bezweifeln.“ Diese schwache Kritik schwächt das „Pravo Lidu“ noch weiter dadurch ab, daß es gegen den Schularbeiterverband in dem Moment, da diesen die staatliche Perfektionsmassnahme ereilt hat, loszieht. Die tschechischen Arbeiter werden sich wohl ihre Gedanken über die Haltung des „Pravo Lidu“ machen, besonders, wenn sie den am selben Tag erschienenen Leitartikel der Piffener „Rova Doba“ lesen, der der Kritik des „Pravo Lidu“ geradezu ins Gesicht schlägt. Im übrigen ist es unzweifelhaft, daß für diese Massnahme nicht etwa die Prager Polizeidirektion verantwortlich gemacht werden kann, sondern, daß vor allem mit der ganzen Schwere der Verantwortung der Innenminister Malypetr beauftragt werden muß, dessen Appetit zur Perfektion der Arbeiterbewegung immer mehr wächst und der scheinbar seinen schweren Konflikt mit dem Ministerpräsidenten Svobla durch ein derartiges, der Demokratie hohen sprechendes Vorgehen paralisieren will. In der heutigen Parlamentsführung wird, wie wir erfahren, der Vorfall zur Sprache gelangen und man kann begierig sein, wie der Innenminister sein Vorgehen rechtfertigen will, ein Vorgehen, welches dem Widerstand der gesamten Arbeiterschaft ohne Unterschied der Parteirichtung begegnen muß.

Der Lezhener Fall der tschechischen und polnischen Sozialdemokraten hat bei den Nationaldemokraten Unwillen hervorgerufen. Die tschechischen Sozialdemokraten haben bekanntlich in einem Kommuniqué die Forderungen der Polen als berechtigt bezeichnet und erklärt, daß sie an den von den Polen vorgehaltenen Beschwerden keine Schuld tragen. Dazu erklären die Nationaldemokraten in dem „Narodni Listy“, daß die tschechischen Sozialdemokraten in Uebereinstimmung mit allen anderen Parteien die heutigen Zustände im Lezhener Gebiet geschaffen haben und daß sie daher für die Zustände auch die Verantwortung tragen. Die Behauptung, daß die polnische Bevölkerung berechtigte Beschwerden über die Schul- und nationalpolitischen Verhältnisse habe, lehnen die „Narodni Listy“ entschieden ab. Dieses Eingreifen des nationaldemokratischen Blattes ist, wie erwähnt, zurückzuführen auf die Konferenzen, die zwischen den tschechischen und polnischen Sozialdemokraten stattgefunden haben und in die auch Minister Rechynd eingegriffen hat. Diese Verhandlungen hatten für die tschechischen Sozialdemokraten offenbar den Zweck, das Verhältnis zwischen den beiden Parteien vor dem Hamburger Kongress in dem Lichte erscheinen zu lassen, daß die zwischen Tschechen und Polen schwebenden Streitfragen einer Lösung entgegengeführt werden. Die „Narodni Listy“ hatten wirklich bis nach dem Hamburger Kongress warten können, statt schon jetzt zu zeigen, daß es gegen den Geist der Regierungskoalition geht, wenn die tschechischen Sozialdemokraten mit den Sozialdemokraten einer anderen Nation verhandeln. Aber die „Narodni Listy“ brauchen sich keine Sorgen zu machen: Nach dem Hamburger Kongress wird das Verhältnis zwischen den tschechischen Koalitionsparteien im Lezhener Gebiet wieder das alte sein.

Von einer demokratisch-republikanischen politischen Landesverwaltung. Dieser Tage sprach bei der politischen Bezirksverwaltung in Aussig eine Deputation der Aussiger Kreisvertretung unserer Partei vor, um eine Aufklärung über die Massnahmen zu verlangen, die anlässlich der diesjährigen Waldemonstration von der politischen Bezirksverwaltung getroffen wurden. Bürgermeister Genosse Bösl wies als Sprecher der Deputation darauf hin, daß es die Arbeiterschaft heute als sehr merkwürdig empfinden müßte, wenn die Behörden die Bestimmungen des vom Jahre 1897 datierten Versammlungsgesetzes wieder heranziehen, da man ja diese Bestimmungen stillschweigend als aufgehoben betrachte und sich nicht mehr nach ihnen richtete. Unseren Genossen wurde die Antwort zuteil, daß vom Präsidenten der Landesverwaltung eine Weisung herabgekommen sei, daß diesen Bestimmungen wieder Geltung zu verschaffen sei. Auch über das Verhalten der Regierungsdirektoren in Versammlungen seien verschärfte Vorschriften angeordnet worden.

Zur Befreiung der Kaiser-Josef-Deutmäler. Die politischen Bezirksbehörden haben die Befreiung der Kaiser-Josef-Deutmäler angeordnet und einem allfälligen Rekurs gegen diesen Auftrag die aufschiebende Wirkung nicht erteilt. Damit haben sie das Gesetz verletzt. Gegen den

Auftrag auf Befreiung eines Kaiser-Josef-Deutmäler steht der Beschwerdezug an die politische Landesverwaltung und an das Ministerium des Innern frei. Gegen die Entscheidung des Ministeriums des Innern kann die Beschwerde beim Obersten Verwaltungsgericht erhoben werden, welcher jedoch aufschiebende Wirkung nur in einem Falle zukommt, wenn sie ihr vom Ministerium des Innern über Ansuchen zuerkannt wird. Die politischen Bezirksbehörden unterlassen es zumeist, vor Erlassung des Auftrages auf Befreiung des Deutmäler den Verfügungsberechtigten festzustellen. Da der Auftrag nur an diesen gerichtet werden kann, liegt in der Unterlassung dieser Feststellung ein wesentlicher Mangel des Verfahrens.

Tages-Neuigkeiten.

Die Kleine Aktie.

Es gibt große Aktien und kleine Aktien. Die große Aktie lebt im Geldschrank, wenn sie nicht gerade auf der Börse zu Besuch ist. Die kleine Aktie verbringt ihr Dasein schlicht und recht in Arbeiterkammern. Trotzdem sie die kleine Aktie heißt, hat sie die größte Aufgabe zu erfüllen: eine ethische und soziale Aufgabe. Sie macht den Arbeiter besser und fleißiger und hebt ihn gesellschaftlich. Er wird — sozusagen — Werkbesitzer, Kollege von Stinnes, Krupp usw. Je öfter der Arbeiter seine Aktie erblickt, desto fleißiger wird er. Und je fleißiger er wird, desto fruchtbarer erweist sich die Aktie in der Kammer. Und wenn er mal auf die verrückte Idee kommen sollte, streifen zu wollen, gleich ist die kleine Aktie da und flüstert: „Was? Du bestreiffst ja dein eigenes Werk! Mensch, denke an die Dividende! Je schlechter du bezahlt wirst, desto höher ist sie. Ja, eigentlich müßtest du überhaupt für niedrige Löhne eintreten — du, als Fabrikant und Werkbesitzer.“

Und die große Aktie? „Die große Aktie verdient sich ihr Geld allein; sie arbeitet an der Börse. Wie? Du hast noch keine Aktie arbeiten sehen? Und wie sie arbeitet! Sie flüchtet Tag für Tag im Kurzstetzel herum, strampelt mit den Beinen, steigt ein paar Sprossen hinauf, herab, wieder hinauf — und es regnet Geld. Der Großaktionär trägt den Segen nach Hause. Du aber —?“

Danke, Danke. „Ja, wie soll man denn da sozialisieren? Erst wollt ihr teilen — und nun richtig geteilt wird; der eine die große, der andere die kleine Aktie, nun ist's wieder nicht richtig?“

Scher dich zum Teufel, sagte der Arbeiter, und schmiß sie ins Feuer. Pan.

Es wird getanzt ... Ob Winter oder Sommer, ob Regenwetter oder Maienpraucht — es wird getanzt und getanzt. Am letzten Sonntag, einem herrlich gelbblauen Tage von seltener Pracht, da es doch jeden aus Schmutz und Enge der Großstadt hinaus ins Freie zog, ziehen mußte, auch an diesem Tage klangen aus den Wirtschaften mitten in Prag und draußen in der Vorstadt die Töne der Tanzmusik und in den warmen, wunderschönen Tag drangen aus hochgeöffneten Fenstern Dunst und Schweiß jener berörten, unbesuchten, jungen Menschen, die im Tanz Genuss suchen, anstatt sich wahre Freude und Stärkung an Leib und Seele in der Natur zu holen. Tiefes Bedauern verdienen sie die so sehr dem Tanzwahn verfallen sind — und es sind nicht Hunderte, nein, unzählige Tausende drehen sich in diesem Kolter, dessen Bestimmungswort gestern Fortritt war und heute Schimmel ist. Der Tanzlokale sind noch zu wenig, um alle die zu fassen, die auch dabei sein wollen und der Winter — die „Zaisen“ — war kaum zu Ende, als man in den Feiern Prag los, daß alle Tanzsäle schon für den nächsten Frühling wiederum vergeben sind. Und vor einigen Tagen erst wurde mitgeteilt, daß in der Nachkriegszeit des nächsten Jahres sogar das Prager Theater-Parterre seine sämtlichen Räume für den Tanzunterhaltungen überlassen wird. Und wie es in Prag ist, ist es in der Provinz. Das verberbliche Beispiel des Bürgerturns, das sich von „schwerer“ Arbeit nur beim Schimmeln erholen zu können glaubt, ist eine Gefahr auch für die Arbeiter, insbesondere für das Jungproletariat. Unermüdliche Aufklärungsarbeit tut da not, damit unsere Jugend, der im doppelten Sinne die Zukunft gehört, den Tanzboden meiden, im Sommer Körper und Seele in der freien Natur ertüchtigt, im Winter den Geist bei Büchern und Bildungsarbeit an sich selbst schäle.

Auswanderung mit Russk. Der Auswanderer, der, in seiner Heimat vergebens um das tägliche Brot ringend, sich aufs hohe Meer begeben hat, um sein Glück in überseeischen Ländern zu suchen, war immer ein willkommener Objekt für die Auswanderungs- und Schiffahrtsgesellschaften. Der Transport der Auswanderer gehörte immer zu den besten Geschäften, wovon die hohen Dividenden der Schiffahrtsgesellschaften, die sich damit befaßten, Zeugnis ablegten. Dabei war die Reise der Auswanderer durchaus nicht angenehm zu nennen. Im überfüllten Zwischendeck, in luftlosen Schlafstätten mußten diese Opfer die weite Reise zurücklegen. Jetzt soll es anders werden. Die Cunard-Linie-Schiffahrtsgesellschaft, eine der größten, welche Auswanderer befördert, vertritt jetzt den Auswanderer eine Reihe guter Dinge und Bequemlichkeiten. Unter anderem sollen sie während der Fahrt kein Essen die musikalischen Darbietungen des Schifforchesters genießen. Ein seltener Fortschritt der Zivilisation, der gerade im richtigen Zeitpunkt kommt: denn in England hat eine Auswanderungswelle eingezogen; zunächst sollen die englischen Arbeiter die verbrochenen Genüsse der Seefahrt austoben. Die Ar-

beitslosigkeit geht zwar in England langsam zurück, doch scheint es, daß die Herrlichkeit des industriellen Englands für lange Zeit zu Ende ist und daß die Arbeitslosigkeit, wenn sie auch langsam zurückgeht, doch eine ständige Erscheinung bleiben wird. Die europäische Staatskunst vermochte es nicht, die Währungen zu stabilisieren, dagegen gelang ihr die Stabilisierung der Arbeitslosigkeit. Krieg und Kriegsfrieden drücken den Arbeiter den Wanderstab in die Hand!

Die Not des Proletariats in Deutschland. „Westminster Gazette“ veröffentlicht eine Gegenüberstellung über die Zeit, die ein Engländer und ein Deutscher aufwenden müssen, um gewisse Lebensnotwendigkeiten zu erwerben. Die Gegenüberstellung enthält folgende Zahlen:

	Deutscher Arbeiter	Engländer Arbeiter
1 Pfund Margarine	5 Stund.	20 Min.
1 Ei	30 Min.	10 Min.
1 Pfund Feinmehl	1 Stunde	20 Min.
1 Pfund ration. Brot	1,20 Stund.	15 Min.
1 Pfund Rindfleisch	4,20 Stund.	1,15 Sd.
1 Anzug	7 Wochen	1 1/2 Woch.
1 Paar Schuh	5 Wochen	2 Tage
1 Seid. Seife	45 Min.	12 Min.

Die Preise, die dieser Gegenüberstellung zu Grunde liegen, sind durch die Teuerung des letzten Vierteljahres bereits weit überholt und gleichzeitig hat in Deutschland die Arbeitslosigkeit einen ungeheuerlichen Umfang angenommen, während in England die Arbeitslosigkeit um eine Viertelmillion zurückging. Der Rückgang der Arbeitslosigkeit in England mit der gleichzeitigen Zunahme der Arbeitslosigkeit in Deutschland ist in der Hauptsache zurückzuführen auf die unethischen niedrigeren Reallohne der deutschen Arbeiter und Angestellten, in Verbindung mit Preissteigerung, die besonders von der deutschen Schwerindustrie ausgeht.

Der Jugoüberfall durch chinesische Räuber. Das auswärtige Amt in London erhielt einen offiziellen Bericht über den Jugoüberfall durch chinesische Räuber auf der Straße Tientsin-Pufou. In dem Bericht heißt es, daß der Verionierung durch die Räuber am 6. d. zur Entlassung gebracht worden ist. Die Räuber entführten die Mehrzahl der Reisenden. Unter den Gefangenen befanden sich auch zwei englische Staatsangehörige. Beide sind Angetretene bekannter englischer Firmen in Shanghai. Bis nun war es nicht möglich, die genaue Anzahl der Fremden festzustellen, welche diesen Zug benutzt haben. Es ist aber wahrscheinlich, daß ihrer 30 waren, von denen 19 in Händen der Räuber geblieben sind. Den übrigen gelang es, zu entkommen, oder sie wurden freigelassen. Ebenso wurden alle fremden Frauen freigelassen. Zwei Fremde wurden bei der Schießerei zwischen Räubern und Militär, welche die chinesischen Behörden entsendet haben, verwundet. Von Fremden wurde bloß der britische Unteroffizier rumänischer Abkunft Kotman im Zuge erschossen. Die Mehrzahl der gefangenen genommenen Personen besteht wahrscheinlich aus Amerikanern. Die Räuber waren bei diesem Ueberfalle in vier Gruppen geteilt. Sie behandelten ihre Opfer roh und kosteten die Reisenden, die sie vorher ausgeraubt hatten, in Nachtgewändern und barfuß aus den Wagons. Die chinesischen Behörden entsendeten am 7. d. einen Sonderzug mit Werkzeugen sowie einen Emissär, welcher mit den Räubern verhandelte. Dieses Einschreiten erzielte auf Ersuchen des diplomatischen Korps, welchem die chinesische Regierung ihr Bedauern über diesen Vorfall kundgab. Das diplomatische Korps beauftragte die Konsule mit der Beobachtung der Handlungen chinesischer Behörden mit den Räubern. Sie sollen auch, soweit es möglich ist, die Gefangenen mit Kleidung und Lebensmitteln versorgen.

Ein staatliches Krankenhaus in Prag. Wie wir erfahren, besteht der Plan, in Groß-Prag ein modernes staatliches Krankenhaus aufzubauen, das den erweiterten Bedürfnissen der Nachkriegszeit entsprechen soll. Bekanntlich wurden früher nur die Kranken aus dem Land Wehmen ins Prager Krankenhaus überführt, während seit dem Ausbruch die hiesige Krankenanstalt die Zentrale für die ganze Republik geworden ist. Wie wenig das Prager Allgemeine Krankenhaus den erhöhten Ansprüchen genügt, ist zur Genüge bekannt und wir haben ja im Vorjahre die merkwürdigen Zustände in dieser Anstalt aufgezählt, sobald die Verantwortlichen eines Planes für ein großes modernes Krankenhaus in der Hauptstadt nur zu berühren wäre. Angeblich sollen die Kosten dieses Projekt schon in das nächste Budget eingestellt werden und der Plan bereits Gegenstand von Beratungen sein.

Die russische Hungersnot. Soviel wir schon über die russische Hungersnot der letzten Jahre gehört haben, so sind doch wenige sachmännliche Berichte über diese Katastrophe, eine der größten, die je die Menschheit erlebt hat, bekanntgeworden, und daher ist ein Beitrag von besonderer Wichtigkeit, den Professor Abel in der Münchener Medizinischen Wochenschrift liefert. Der Jeneiner Zeuchenerforscher wurde vom Völkerverbund aufgefordert, den polnischen und russischen Ärzten in Warschau, Moskau und Charkow Kurse über Zeuchenermittlung und Bekämpfung zu halten, und hat dort regsten Eifer gefunden. Gegen das Wüten des Hungers freilich war die ärztliche Wissenschaft machtlos. Von den 130 Millionen Einwohnern Rußlands wurden 40 Millionen vom Hunger betroffen. Die Zahl der dem Hunger Erlegenen wird auf mit drei Millionen angegeben, dazu kommen aber noch die riesigen Sterbeziffern an Infektionskrankheiten, die unter der hungernden Bevölkerung verheerend wirken. In einigen Ortschaften der Krim starben 412 in 1125, 218 von 780, 1100 von 7875 Ein-

wohnern. In der Baskiren-Republik wurden auf 1,2 Millionen Einwohner 69.840 an Hunger Gestorbene gezählt, doch soll die doppelte Zahl der Wahheit näher kommen. Die Riesensmenge von Toten machte ihre regelrechte Beisetzung unmöglich. Die Hungernden nahmen in ihrer Not zu allem, was nur irgendwie eßbar war, ihre Zuflucht. In dem Laboratorium des Kreises Melitopol wurden allein 60 Arten von Prossurrogaten untersucht. Neben Hund und Katzen wurden Zierhunde und Guse, überhaupt alle Leberfische zerleinert und gefocht genossen. Unter den seelischen Veränderungen, die der Hunger hervorrief, ist besonders das frühe Aufhören des Gefühls für Recht und Unrecht hervorzuheben. Aus diesen seelischen Veränderungen erklären sich auch die furchtbaren Fälle von Menschenfresserei. Daß solche fürchterliche Vorkommnisse nicht selten waren, beweist die Tatsache, daß in Samara das ganze Irrenhaus für Menschenfresser freigemacht wurde. Ein Arzt beobachtete nicht weniger als 26 solcher Fälle und sieben Fälle von Handel mit Menschenfleisch. Von den 26 durch einen Arzt untersuchten Menschenfressern waren fünf gesteskrant, 13 erlösch belastet, acht aber vor dem Hunger ganz normal. So tötete eine vorher bößig gelunte und tüchtige Bäuerin von 30 Jahren, welcher der Mann und die anderen Kinder umgekommen waren, ihr zehnjähriges Töchterchen, als von ihrem Fleisch, erst mit Widerwillen, dann ohne solchen. Als man sie fragte, wie sie als Mutter die Tochter habe töten und essen können, erklärte sie, die Kleine habe ja doch sterben müssen; da sei es doch keine Sünde, sie zu töten und zu essen. Eine andere Mutter tötete, als man ihr die Leiche des von ihr getöteten Kindes formelndem wollte. „Es ist mein Kind, ich habe es geboren, niemand darf davon essen als ich.“

Ein „republikanischer“ Offizier. Wie uns aus Berlin berichtet wird, fand in Breslau dieser Tage der Prozeß gegen den Hauptmann Fischel von Reichswehrregiment Nr. 7 statt. Der sich ganz ungläubliche Städtchen in „republikanischer“ Soldatenerziehung geleistet hat. Er nannte die schwarz-rot-gelbe Fahne offen die „Judenfahne“, bezeichnete die preisliche sozialdemokratische Regierung als eine „Schweinebande“, sprach von Rathenau als einem „Judenjungen“ und von seiner Verurteilung als einer „verworfenen Kaputte“.

15.000 Stück Vieh durch giftige Klagenpöste zugrunde gegangen. Aus Bukarest wird gemeldet: Das zootechnische Institut teilte dem Veterinärministerium mit, daß die Colunaba ca genau giftige Klagen, welche längs der Donau in Nordosten aufsteigt, in den letzten Tagen, unterstützt von einem starken Winde, in 15.000 Stück Vieh gleichenden Schwärmen in die Gegend von Olten im südwestlichen Rumänien kam und außer zahlreichen Haustieren nahezu 15.000 Stück Vieh tötete. Auch einige Personen wurden von diesem Insekt gestochen und starben an Blutvergiftung. Unter der vorigen Auferstehung herrschte großes Unbehagen über diese Verheerungen. Es zeigt sich großer Mangel an Insektiziden bei den Viehhältern. In den mangelhaften Kreisen wird deshalb ein vollständiges Verbot der Viehweidung in Erwägung gezogen. Die Behörden haben die notwendigen Schutzmassnahmen gegen das Wüten dieser Plage, welche seit dem Jahre 1700 nicht in solchen Massen wie heute aufgetaucht ist getroffen.

Ueberfall. Der Bayer Samuel Karbergger aus Passauverre bei Leob. wurde am 4. Mai auf einer Waldstraße von zwei Räubern überfallen und mit dem Messer bedroht. Die Räuber waren Karbergger zu Tode und raubten ihm eine Geldbörse mit 780 K., eine goldene Uhr im Werte von 300 K. und einen Hut. Nach den Räubern, die flüchtig sind, wird von der Gendarmerie eifrig gefahndet.

Sein Leben retten. Am Sonntag erkrankte in der Waldau bei Prag-Prant polnisch und sieben Uhr abends ein ungefähr sechszehnjähriger junger Mann. Seine Leiche konnte bisher nicht gefunden werden. Die Leiche des Erkrankten befanden sich auf der Gendarmeriekation in Prant.

Durch herabfallendes Gestein verletzt. In der Räumgaststätte in Prag-Prantmühl führte gestern nachmittags von einem Hause ein Stück Damastein herab und verletzte den Bewohnersberger Viktor Pefekl aus Prag II am Kopfe. Die Verletzung des Kopfes ist zum Glück nicht schwer. Der Staatsangehörige Johann Krassa aus Prag III wurde gestern nachmittags in einer Straße in Prag III von einem Schieferstück in das linke Bein getroffen; das Schieferstück war von einem Dache auf dem eine Reparatur durchgeführt wird, herabgefallen. Die Dachdecker hatten verfehlt, den Schiefer durch die übliche schiefe Stange abzulassen. Eine Untersuchung wurde eingeleitet.

Bei einer Mauterei schwer verletzt. In Gasthause „Auf dem Nordpol“ in Prag I kam es Mittwoch nachts zu einer Mauterei, wobei der 27jährige Buchbinder Karl Stara von einem unbekanntem Täter schwer verletzt wurde. Stara bekam einen Stich in die Brust und in den linken Arm.

Ein gewissenloser Agent. In der Slowakei weicht sich ein gewisser Josef Sadowski herum, der Arbeiter für Frankreich wirbt und sich von jedem Angeworbenen 30 K. ausshagen läßt, um dann spurlos zu verschwinden. Nach dem Schwindler wird gefahndet.

Bestiger Ausbruch des Aetna. Aus Catania wird ein bestiger Ausbruch des Aetna gemeldet. Ein sechs Meter breiter Lavastrom ergießt sich nach Osten, wo glücklicherweise keine größeren Ansiedlungen vorhanden sind.

Wannitons-Explosion. Am Bord des Torpedojägers „Bassini“ in Tarant (Italien) ist beim Ausladen von Munition ein Gefäß explodiert. Die Explosion hat neun Todesopfer gefordert.

Kleine Chronik.

Eine Indianergeschichte von heute. Wie ein Stück aus Coopers Lederstrumpf-Erzählungen klingt ein Bericht, der aus Salt Lake City kommt, über den letzten, vielleicht allerletzten Indianeraufstand, der geführt wird von dem Häuptling Old Posey („Alter Blumenstrauß“, was schon weniger kriegerisch klingt als „Große Schlange“ etwa). Der „Alter Blumenstrauß“ fühlt sich trotz seiner fast hundert Jahre noch nicht zu alt und hat sich nicht entmutigen lassen durch die trüben Erfahrungen seines Stammes während des letzten Jahrhunderts, um die Schar seiner Bluten in den Kampf für zwei Stammesgesetzen zu führen, die wegen Schafstahlens in einem Gefängnis eingesperrt waren. Er diese nun davon gebürt hatten, daß der Hungerstreik der erfolgreichste Protest gegen ungerechtfertigte Festsetzung ist, oder ob sie diesen Streik aus ihrem eigenen Rechtsgefühl heraus unternahmen — jedenfalls weigerten sie sich, das Essen zu verzehren, das ihnen der Sheriff vorsetzte, der, darüber aufgebracht, einem der Indianer mit der Pistole auf den Kopf klopfte. Der Kamerad fiel daraufhin den Sheriff an, nahm ihm die Waffe fort und ließ mit seinen Gefährten zu den Stammesgenossen, die alsbald das Gefängnis einschlossen, in welchem die beiden Glücklinge inhaftiert gewesen waren. Erst als heimlich ein Vote zu den Nachbarn gelangt war — Telefon- und Telegraphenverbindungen hatten die Rothhäute durchschnitten — wurde die Stadt besetzt, und die stehenden Indianer, deren Stamm nur noch sechs Köpfe zählt, verfolgt, worauf sie sich in das schwer zugängliche Utah-Comman zurückzogen. Auf den Kopf von Old Posey ist ein Preis von 100 Dollar ausgesetzt worden, aber hoffentlich wird im Interesse des Romantischer, das durch ihn in unser Zeitalter hineintragt, noch einige Zeit verfließen, bis diese 100 Dollar ausgegibt werden.

Waldwirtschaft und Sozialpolitik.

Spaltung der tschechischen nationalsozialistischen Bergarbeiterorganisation. Bisher hat es drei große Bergarbeiterorganisationen gegeben, und zwar eine, die unter tschechischer sozialdemokratischer Führung steht, eine unter deutsch-sozialdemokratischer Führung und eine unter Führung der tschechischen Nationalsozialisten. Der leitende Sekretär des tschechischen Bergarbeiterverbandes Abgeordneter Draxl ist nun bekanntlich gleichzeitig mit Dr. Vebensky aus der nationalsozialistischen Partei ausgeschieden. Die Mehrheit des Verbandes hat sich auch auf Seite des Abgeordneten Draxl gestellt und sich von der tschechoslowakischen sozialistischen Arbeitergemeinschaft, der Zentralorganisation der nationalsozialistischen Gewerkschaftsverbände losgesagt. Es scheinen nun doch eine Reihe von nationalsozialistischen Bergarbeitern mit dem Vorgehen des Abgeordneten Draxl nicht einverstanden zu sein, denn in einer Versammlung, in der der Sekretär der tschechoslowakischen Arbeitergemeinschaft, Minister Lušau, das Referat erstattete, wurde eine Entschließung angenommen, aus dem bisherigen Verband auszutreten und einen eigenen Verband unter dem Namen „Jednota Československých horníků“, Vereinigung der tschechoslowakischen Bergarbeiter zu bilden. Es bleibt abzuwarten, ob sich tatsächlich viele nationalsozialistische Bergarbeiter dem neuen Verband anschließen.

Schon wieder eine. Wie die „Bohemia“ berichtet, ist die Severočeská Banka („Nordböhmische Bank“), welche ganz in tschechischen Händen ist und dazu dienen soll, die tschechischen Winderbeiter im deutschen Gebiet materiell zu stützen, infolge Verlusten gezwungen, Anschaffung an eine andere Bank zu suchen. Sie wird in der Prager Kreditbank aufgehen. Die Bank wurde im Jahre 1920 in Leitmeritz errichtet, ihr Aktienkapital beträgt gegenwärtig fünf Millionen Kronen. Der Reingewinn für 1921 betrug 238.000 Kronen.

Kapitalistischer Terror — kommunistischer Rückgriff. Aus Leitmeritz wird uns geschrieben: Das eingestürzte alte Rathaus in Leitmeritz wird vom Baumeister Grandiffa wieder aufgerichtet. Grandiffa ist nicht in der Unternehmerorganisation, ist ein Feind des Generalsekretärs Bauer. Für ihn besteht also der von den Kommunisten beschlossene Lohnvertrag nicht. Trotzdem wurde er von den anderen Unternehmern — wie er selbst angibt — bezahlt (terrorisiert), daß auch er den Bauarbeiterlohn um 1. Jänner l. J. um 25 Prozent kürzte. Dies geschah, doch gelang es der Ortsgruppe des deutschen Bauarbeiterverbandes eine Vereinbarung zu erzielen, daß eine 10prozentige Zulage gewährt wird, so daß der Abbau nur 15 Prozent betragen hat. Am 7. April l. J. wurde den Bauarbeitern die 10%ige Zulage wieder entzogen und zwar mit der lächerlichen Begründung, daß auf dem häufigen Rathausbau für die Bauarbeiter keine höhere Gefahr besteht als auf den anderen Bauten. Das behaupten der Baumeister Grandiffa und der städtische Bauinspektor Löbl, obwohl sie auf der anderen Seite die hohe Gefahr und Verantwortlichkeit für Bauunternehmer bestehen liegen, denn der Unternehmergewinn (42 % von jeder Lohnkrone) wurde nicht abgebaut. Vom Sekretariat des deutschen Bauarbeiterverbandes wurde sofort eine Eingabe an den Stadtrat und die Gemeindevertretung mit der Forderung überreicht, den Bauarbeitern die abgezogenen 10 % nachzuzahlen und den Unternehmergewinn herabzusetzen. Am 2. Mai fand eine Sitzung der Baukommission statt, in der Koll. Buresch die Forderung wiederholte. Die beiden Herren Grandiffa und Löbl, durch die wuchtigen Anklagen des Koll. Buresch in die Enge getrieben, erklärten nun, daß der Lohnabbau auch deshalb erfolgte, weil es die anderen Unternehmer gefordert haben. Und damit kein Beschluß zustande kommt, ließ der deutsche Held, Tischlermeister Liesmann, davon und

machte die Sitzung beschlußfähig. Darauf fand eine Sitzung des Stadtrates statt, in der beschlossene wurde, ein Sachverständigenrat einzusetzen. Das ist so zu verstehen, daß nur solche „Sachverständige“ zu befragen sind, bei denen die deutschbürgerlichen Drahtzieher im vorhinein wissen, daß sie gegen die Arbeiter und für die Unternehmer votieren werden. Am 4. Mai besaßte sich die Sitzung der Gemeindevertretung mit derselben Angelegenheit. Die Sozialdemokraten stellten den Dringlichkeitsantrag, daß eine allgemeine Ausschreibung erfolge und daß der Unternehmer verpflichtet werde mit dem deutschen Bauarbeiterverband einen Lohnvertrag abzuschließen und daß in erster Reihe hiesige Bauarbeiter beschäftigt werden. Der Antrag fiel, weil alle Deutschbürgerlichen gegen ihn stimmten. Für den Antrag stimmten nur die deutschen Sozialdemokraten, die Kommunisten und die deutschen Nationalsozialisten. Am 7. Mai fand eine Sitzung der Kommission für den Wiederaufbau des alten Rathauses statt. Diese Sitzung hatte sich mit derselben Sache zu beschäftigen und hier trat nun ein, was wir voraussetzten. Die deutschbürgerlichen Demagogen ließen nur ihre zwei „Sachverständigen“, Ing. Löbl und Ing. Neumann, hingehen, während alle anderen Kommissionsmitglieder der Sitzung fernblieben. So war erreicht, was man wollte und benötigte. Die Sitzung war beschlußfähig, aber die sogenannten „Sachverständigen“ waren da und Bürgermeister Dr. Prochaska konnte ihr Gutachten einholen. Daß die beiden deutschnationalen Sozialistenreifer Löbl und Neumann geeignet sind ein „unparteiisches“ Urteil zu fällen, haben sie sofort bewiesen. Sie erklärten sofort, daß das baufällige alte Rathaus keine Gefahr für die Bauarbeiter bedeutet. Herr Bauinspektor Löbl erklärte ausdrücklich, daß er schon immer für den Lohnabbau war und auch jetzt sei er dafür, weil es der Staat auch so mache. Nun kommt aber das Wichtigste, nämlich der Terror des Reichsberger Arbeitgeberbundes. Herr Löbl brachte in der letztgenannten Kommissionsitzung einen Brief zur Verlesung, den der Herr Grandiffa von der Genossenschaft der Baumeister erhielt. In diesem Schreiben wird Herr Grandiffa aufgefordert, keine Zulagen zu gewähren und auch keinen Lohnvertrag mit dem deutschen Bauarbeiterverband abzuschließen. Weiter wird Grandiffa verpflichtet gehalten, nur den niedrigen, mit dem kommunistischen Verband abgeschlossenen Lohn zu zahlen. Zum Schluß droht die Genossenschaft dem Grandiffa mit hohen Strafen, wenn er sich nicht fügen sollte. So sieht also kommunistische Gewerkschaftsarbeit aus. Gestützt auf den kommunistischen Vertrag, daher im Namen des kommunistischen Verbandes verbietet die Baumeistergenossenschaft unter Androhung von hohen Strafen dem Baumeister höhere Löhne den Bauarbeitern zu zahlen. Mögen die Bauarbeiter selber darüber urteilen, ob die kommunistische Organisation für die Arbeiter zweckmäßig ist.

Mitteilungen aus dem Publikum.



„GRAF“
ist die Marke der besten
Suppenwürze.
Verlangen Sie
Originalflaschen!

Moorbad Bohdaneč

heil erfolgreich Rheumatismus, Frauen- u. Nervenkrankheiten. Moderne Einrichtung — Zentralheizung. Ausgedehnte Parkanlagen, Waldige Umgebung. Mäßige Preise. Vorzügliche Verpflegung. Tägl. Konzerte. Sommeraison beginnt am 2. Mai. Tel. Nr. 2. Anfr. erledigt und Informationen erteilt umgehend die Badedirektion. Die Leitung liegt in den Händen des Herrn MUDr. O. Rožánek, langjährigen Fach- und Badearztes im Weltbade Marienbad u. Bad Poděbrad.

Die beste Reklame war und ist bisher die gute Qualität der angepriesenen Ware. Diesem alten Erfahrungsgesetz verdanken die bekannten Berson-Gummiabfälle und Gummisohlen ihre große Verbreitung trotz der vielen auf den Markt gebrachten ähnlichen Fabrikate. Aus den besten und edelsten Rohstoffen hergestellt, ist ihre Qualität stets von gleicher hervorragender Güte und werden dieselben immer wieder von jenen verlangt, welche einmal Berson-Gummiabfälle und Gummisohlen in Benutzung genommen haben. 1622a

Herausgeber: Dr. Ludwig Czech und Karl Czermak.
Verantwortlicher Redakteur: Dr. Emil Strauß.
Druck: Deutsche Zeitungs-Druckerei, Prag.
Für den Druck verantwortlich: O. Holik.

Bio-Programm

vom 11. April bis 17. Mai.
Lido „Der weise Nathan“
Ein Drama der Humanität. 1637
Ein Film, den die ganze Welt spielt.

Kunst und Wissen.

Neues Theater. Heute Freitag, morgen Samstag und Sonntag 7 Uhr Gastspiel Massary-Wirl „Madame Pompadour“, Montag „Rheingold“.

Kleine Bühne. Heute Freitag Gastspiel Morgan „Nachtbelichtung“, morgen Samstag Abschiedsabend Paul Morgan „Einakter“, Sonntag nachmittags „Extemporale“, abends halb 8 Uhr Gastspiel Gerhart-Eisenberg Kammeroper „Così fan tutte“.

Literatur.

Dr. Josef Leo Seifert, Literaturgeschichte der Tschechoslowaken, Südslawen und Bulgaren. (Verlag Josef Krösel und Friedrich Pustet, München.) Was uns an der Geschichte dieser drei genannten slawischen Nationen am meisten interessiert, ist deren beispielloser ökonomischer und geistiger Aufschwung in den letzten Jahrzehnten, der in das Gebiet des Erwachens der geschichtslosen Nationen gehört. Dieser geistige Prozeß steht im unmittelbaren Zusammenhang mit der wirtschaftlich-sozialen Entwicklung dieser Völker, was uns Otto Bauer bei den Tschechen in seinem Buche „Die Nationalitätenfrage und die Sozialdemokratie“ und Hermann Wendel in seiner Schrift „Aus dem südslawischen Rejorgimento“ aufgezeigt hat. Diesen notwendigen Zusammenhang zwischen der ökonomisch sozialen Entwicklung der slawischen Völker einerseits und ihrem geistigen Erwachen andererseits schildert uns das vorliegende Büchlein nicht, was zugleich dessen größter Fehler ist, wie es sich hier überhaupt um eine Arbeit handelt, die wenig kritisch ist und die den Stoff geistig nicht durchdrungen hat. Das Büchlein ist ein im trockenen Stil gehaltener Leitfaden, der einfach die bedeutendsten Dichter und Schriftsteller sowie ihre größten Werke aufzählt und sie nur ganz flüchtig charakterisiert, so daß der Leser nur einen oberflächlichen Eindruck von der Materie erhält. Das Büchlein hat also mehr Wert als Nachschlagewerk, mit dessen Hilfe man sich rasch orientiert, aber nicht als eine Einführung in

Wo verkehren wir?

- Café Continental, 1008 Prag-Graben
- Goldenes Kreuzel, 1000 Prag-Nezajanta.
- Gastwirtschaft Deutsches Vereinshaus Prag, Smečty 22 (Urania). 1000
- Gastwirtschaft „Lidový dům“ der Genossenschaft „Ganymed“ Täglich. 8 PRAG II., Hybernská Konzert Nr. 7.

Café „Nizza“
Kgl. Weinberge, Jungmannstraße 27.
Unser Stammlokal.

Teplitz-Schöнау. 8611
CAFÉ EUROPE Bahnhofstraße.
Inserieren Sie im Sozialdemokrat!

Bibliotheken

für Organisationen, Vereine, Gemeinden, Gewerkschaften, Schulen usw. werden zweckentsprechend zusammengestellt, sowie ergänzt, von der
Vollstbüchhandlung Ernst Sattler, Karlsbad.

Stadt- und Dorfgemeinde fordern

Die Verantwortung einer Unmenge von Verwalterfragen. **Roads Taschenbuch für Kommunalpolitiker** bietet sich Ihnen auf diesem Gebiete als Führer an. Bestellen Sie noch heute durch Postkarte bei der
Buchhandlung Freiheit Teplitz-Schöнау Theresienstraße 18.

die Geistesgeschichte der Tschechen, Südslawen und Bulgaren. Die katholische Gesinnung des Autors tritt zwar nirgends ausdrücklich hervor, muß aber immerhin erwähnt werden. E. St.

Aus der Partei.

Sammlungsanweis für den Monat April 1923.
Parteifond: 4. Teplitz 1600 K., 4. Bodenbach 1400 K., 9. Krummtau 300 K., 9. Prag 400 K., 10. Grulich 20 K., 11. Krummtau 50 K., 14. Troppau 1600 K., 16. Teplitz 1400 K., 16. Auzig 1000 K., 19. Grulich 400 K., 19. Brünn 1260 K., 20. Karlsbad 1200 K. Zentralwahlfond: 4. Teplitz 800 K., 4. Bodenbach 700 K., 9. Krummtau 150 K., 9. Prag 200 K., 10. Grulich 10 K., 14. Troppau 800 K., 16. Teplitz 700 K., 16. Auzig 500 K., 19. Grulich 200 K., 19. Brünn 630 K., 20. Karlsbad 600 K.

Bereinsnachrichten.

Urania.
Montag, den 14. Mai findet um 8 Uhr abends in der „Urania“ ein Vortrag des Herrn Dr. Gustav Wylene über: „Die freie Schulgemeinde“ statt, welcher besonders für die heranwachsende Jugend bestimmt ist. Eintritt 6 K., für Studenten und Jugendliche 3 K.

Turnen und Sport.

Eine schwere Niederlage der Prager Sparta im Wien. Das Fußballwettbewerbsspiel Sparta gegen Wiener Amateure endete glatt mit 5:3 zugunsten der Amateure. Das Resultat der Halbzeit war 5:2. Die Niederlage war unerwartet, doch war das Spiel der Amateure ein so vorzügliches, wie man es seit langer Zeit in Wien nicht gesehen hat. In Anwesenheit von ungefähr 45.000 Personen endete das Fußballwettbewerbsspiel M. T. R. gegen Wiener Sportklub mit 3:2 zugunsten M. T. R., Halbzeit 2:2.



Vitello
MARGARINE
Delikatess
CENTRAL-ANST. VETTELING

Diese Marke bürgt für **beste Qualität**



Berson
ist und bleibt stets die **Qualitätsmarke**

Verlangen Sie von Ihrem Schuhmacher das Anbringen von **Berson Gummi-Absätzen** und **Gummi-Sohlen**

Berson schon die Schuhe, in billiger und dauerhafter als Leder.